

Von: MetropolSolar Rhein-Neckar e.V. <info@metropolsolar.de>
Betreff: **GKM: Neubaupläne/Entscheidungsgrundlagen?**
Datum: 28 November 2006 16:26:08 GMT+01:00
An: ob-sekretariat@mannheim.de, Lothar Quast <lothar.quast@mannheim.de>

Sehr geehrter Herr Widder, sehr geehrter Herr Quast,

wie Sie wissen, gibt es in Mannheim-Neckarau viele Menschen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung des Stadtteils engagieren. Es ist anzunehmen, dass im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau eines Kohleblocks im Großkraftwerk Mannheim die zentrale Frage einer nachhaltigen energiewirtschaftlichen Entwicklung in Mannheim und der Region Thema wird.

Vor dem Hintergrund der unten stehenden Fragen/Informationen möchte ich Sie bitten, die Entscheidungsgrundlage und Ihre Haltung bezüglich des GKM-Neubaus ernsthaft zu prüfen. Bei einem Großprojekt wie dem geplanten GKM-Neubau, bei dem mehrere 100 Mio. Euro investiert und in den nächsten Jahrzehnten mehrere Mrd. EUR für das Betriebsmittel Steinkohle ausgegeben werden sollen, scheint die ernsthafte Betrachtung eines Alternativszenarios angebracht. Es ist uns bisher nicht bekannt, dass ein solches Szenario existiert oder dessen Entwicklung überhaupt in Angriff genommen wurde.

Freundliche Grüße,

Daniel Bannasch
Geschäftsführer
MetropolSolar Rhein-Neckar e.V.
info@metropolsolar.de
www.metropolsolar.de

c/o ecorema - Daniel Bannasch
Naumannstraße 13
68199 Mannheim
Tel: 06 21/85 57 93
Mail: daniel.bannasch@gmx.de
www.ecorema.de

Anfang der weitergeleiteten E-Mail:

Von: MetropolSolar Rhein-Neckar e.V. <info@metropolsolar.de>
Datum: 28 November 2006 11:19:19 GMT+01:00
An: christian.specht@mannheim.de
Betreff: **GKM-Entscheidung: Gewerbesteuereinnahmen, Arbeitsplätze, Wertschöpfung?**

Sehr geehrter Herr Specht,

in Mannheim steht die Entscheidung über den Neubau eines Kohleblocks im GKM an. Uns scheint es mehr als fraglich, warum der Block gebaut werden sollte. Bundesweite Daten und Studien sprechen dagegen (siehe angehängte Punkte). Allerdings fehlen uns konkrete Zahlen für Mannheim, um die Entscheidung aus Mannheimer Sicht besser beurteilen zu können.

Vor dem Hintergrund der anstehenden GKM-Entscheidung haben wir an Sie als Finanzbürgermeister von Mannheim folgende Fragen:

1. Wie hoch waren die Gewerbesteuereinnahmen in Mannheim im vergangenen 2005, 2004, 2003?
2. Welcher Anteil der Gewerbesteuereinnahmen entfällt auf die großen Konzerne (Roche, Daimler Chrysler u.a.)? Wie sah das 2005, 2004, 2003 aus?
3. Welcher Anteil entfällt auf das Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen? Wie sah das 2005, 2004, 2003 aus?
4. Gibt es eine Aufstellung zu Arbeitsplätzen und Wertschöpfung durch Maßnahmen zu Energieeffizienz, Einsparung und erneuerbare Energien?
5. Könnten die Anteilseigner des GKM heute (oder in Zukunft) Erträge in den jeweiligen Konzernen so umschichten, dass sie keine Gewerbesteuer mehr in Mannheim zahlen?
6. Können Sie die Heidelberger Aussagen bestätigen, dass kommunale Fördermittel für Altbausanierung so viele private Investitionen anstossen, dass sich ein Fördertopf wieder "von selbst füllt"?
7. Halten Sie es für denkbar, dass ein konsequentes Klimaschutzprogramm für Mannheim gleichzeitig zu erhöhten Gewerbesteuereinnahmen führt und wegen geringerer Ausgaben für Energieimporte auch privates Geld reichlicher vorhanden wäre? Kennen Sie dazu Abschätzungen aus vergleichbaren Kommunen?

Können Sie diese Fragen kurzfristig beantworten oder liegen dazu keine Daten vor?

Im Voraus vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen,

Daniel Bannasch
Geschäftsführer
MetropolSolar Rhein-Neckar e.V.
info@metropolsolar.de
www.metropolsolar.de

c/o ecorema - Daniel Bannasch
Naumannstraße 13
68199 Mannheim
Tel: 06 21/85 57 93
Mail: daniel.bannasch@gmx.de
www.ecorema.de

1. Der Neubau eines 800 MW-Kohleblocks im Mannheimer GKM wird tendenziell Arbeitsplätze verhindern und nicht schaffen. Die sehr detaillierte Studie von Greenpeace zum Braunkohlekraftwerk Neurath hat für ein Alternativszenario auf der Basis von Energieeffizienz und Einsparung einen Arbeitsplatzeffekt von +800% errechnet. Allein im Bereich erneuerbare Energien gibt es heute bereits 170.000 Arbeitsplätze, bis 2020 werden 500.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich erwartet. Hinzu kommen Arbeitsplätze im Bereich Sanierung, Effizienz etc.

2. Große Konzerne wie die RWE und EnBW (denen gemeinsam mit Vattenfall und E.O.N. 80-90% von Versorgungsnetz und Erzeugungskapazitäten in Deutschland gehören) können in der Regel Gewerbesteuer zahlen oder es auch bleiben lassen. Die BASF hat in Ludwigshafen die Stadt massiv unter Druck gesetzt, die Gewerbesteuer nach ihren Wünschen auszugestalten und mit Gewinnverlagerung an andere Standorte gedroht. Auch die in Mannheim ansässigen Konzernen scheinen keine verlässlichen Gewerbesteuerzahler zu sein.

3. Die großen Energieversorger haben in den letzten Jahren auf Kosten aller Bürger rücksichtslos die Preise erhöht (und versucht das der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien in die Schuhe zu schieben, was nachweislich falsch ist). Aber die Marketingmacht der Energieversorger ist gigantisch. Allein E.O.N. soll über einen Werbeetat von 1 Mrd. Euro verfügen. Das Unternehmen versucht gerade für 37 Mrd. den spanischen Energieversorger Endesa zu kaufen. Offenbar war die Energieversorgung in den letzten Jahren eine Lizenz zum Gelddrucken, nahezu ohne jede Kontrolle. Ein Neubau im GKM verstärkt die Abhängigkeit von RWE und EnBW. Wer in 10, 20 oder 30 Jahren das Sagen haben wird, weiss niemand.

4. Kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von Maßnahmen zu Energieeffizienz, Einsparung und erneuerbaren Energien. Sie verlagern ihren Standort nicht und sind der Stadt und der Region verbunden. Sie zahlen hier Gewerbesteuer und sie bieten mit Abstand die meisten Arbeitsplätze. Damit sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen die entscheidenden Partner der Stadt und nicht die großen Konzerne, die im wesentlichen mit dem Abbau von Arbeitsplätzen Schlagzeilen machen.

5. Fördermittel für Altbausanierung stossen nach einer Heidelberger Berechnung pro Euro 7 Euro private Investitionen an. Über verschiedene Wege (u.a. Gewerbesteuer) kehrt jeder Fördereuro wieder zur Stadt zurück. Im GKM werden nur geringere Teile der Abwärme genutzt. Bei der geplanten Vergrößerung der Kapazitäten um fast 400 MW würde noch mehr Abwärme entstehen für die es keine Abnehmer gibt. Investitionen in Wärmedämmung, die Arbeitsplätze im Handwerk bringen, wären vor diesem Hintergrund wirtschaftlicher und ökologischer Unsinn. Anders sieht es aus, wenn die Kraftwerksleistung des GKM verkleinert wird.

6. Das GKM gehört heute schon nur zu ca. 20% der Stadt Mannheim (über die 66% Beteiligung der Stadt an der MVV), in Zukunft hat die Stadt vielleicht überhaupt keinen Einfluss und keinen Ertrag mehr.

7. Sowohl die Gewinnung als auch die Verbrennung der Steinkohle sind ökonomisch, energetisch, ökologisch und ethisch nicht zu vertreten. Deutsche Steinkohle wird hochgradig subventioniert (allein 60 Mio. EUR für den 20%igen Anteil, der laut letztem Geschäftsbericht im GKM verbrannt wurde) und erzeugt Folgekosten. Sämtliche Energie, die jemals aus dem Boden geholt wurde, geht innerhalb der nächsten Jahrhunderte für Pumpen drauf, die das abgesackte Ruhrgebiet am untergehen hindern. Importkohle (wie im Fall des GKM aus Südafrika, Kolumbien oder Russland) wird in der Regel unter äußerst problematischen Arbeitsbedingungen produziert. Gerade sind in Polen wieder Bergleute umgekommen - das ist ein Teil der üblichen "Kollateralschäden" der Kohlenutzung.

8. Über die tatsächlichen und noch zu erwartenden Schäden durch den Klimawandel ist in den letzten Wochen eigentlich alles gesagt worden. Allein das würde eine Ablehnung des GKM-Neubaus rechtfertigen. Niemand kann seinen Kindern und Enkeln einmal sagen er "habe nichts gewußt"...